

/// Wahlanalyse der Nationalratswahlen

QUO VADIS, TU FELIX AUSTRIA?

THOMAS M. KLOTZ /// Sebastian Kurz gilt als der Hoffnungsträger der Konservativen in Österreich und weit darüber hinaus. Vor den Nationalratswahlen schaffte es der 31-jährige, die Österreichische Volkspartei (ÖVP) zu modernisieren und auf sich zu personalisieren. Als Wahlsieger und neuer Bundeskanzler wird er sich nun daran messen lassen müssen, wie er mit der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) zusammenarbeitet und geplante Reformen umsetzt.

Die Ausgangssituation: Und täglich grüßt die GroKo

Mit der Nationalratswahl 2017 geht ein lange gehegter Wunsch vieler Österreicher in Erfüllung: Die „Große Koalition“ (GroKo) zwischen ÖVP und SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs) ist zu Ende. Seit Gründung der Zweiten Republik hatten vor allem diese beiden Parteien einen großen Einfluss auf Politik und Gesellschaft. Insgesamt über 40 Jahre lang regierte seit 1949 ein Bündnis aus Christ- und Sozialdemokraten, zuletzt unter Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ).

ÖVP und SPÖ konnten in den vergangenen Jahrzehnten auf eine große Organisationsdichte und großen Einfluss auf die Besetzung von Leitungsfunktionen in Ämtern blicken. Dies alles geschah mit großem Zuspruch der Bevölkerung, lag aber auch an der für lange Zeit in der Öffentlichkeit als rechtsextrem wahrgenommenen FPÖ, die für viele Wähler keine Alternative darstellte. Dennoch koalitierten sowohl die SPÖ (von 1983 bis 1987) als auch die ÖVP (von 2000 bis 2007, ab 2005 mit Jörg Haiders BZÖ) mit der FPÖ. Die Österreicher ordnen diese, aus heutiger Sicht der Politikwissenschaft gemeinhin als rechtspopulistisch einzuordnende Partei, dem deutschnationalen Dritten Lager zu.¹ Andere Parteien wie beispielsweise die Grünen und die liberalen NEOS erreichten nie genügend Stimmen, um in Regierungsverantwortung zu kommen.

Die schwarz-blaue bzw. schwarz-orange Koalition unter Wolfgang Schüssel von 2000 bis 2007 hatte beide Lager

Über 40 JAHRE lag die Regierungsverantwortung gemeinsam bei den Christ- und Sozialdemokraten.



Geht's sich aus für Österreich? Kann der „Wunderwuzzi“ Kurz (L.) auf Dauer mit dem Rechtspopulisten Strache?

Wählerstimmen gekostet. 1999 fuhr die FPÖ unter Haider mit 26,9 % ebenso viele Stimmen ein wie die ÖVP. 2002 wählten schließlich 42,3 % der Österreicher „schwarz“ und nur mehr 10 % „blau“. Daraufhin verloren die Konservativen zunehmend an Zuspruch, die FPÖ hingegen konnte, nachdem Heinz-Christian „HC“ Strache 2005 Bundesparteiobmann wurde, wieder Wähler für sich gewinnen. So sind es nun nicht mehr nur zwei Parteien, die den Nationalrat dominieren, sondern neben SPÖ und ÖVP auch die FPÖ.

Ein weiteres Beispiel für die Etablierung der „Freiheitlichen“ konnte man 2016 bei den Wahlen zum Bundespräsidenten mitverfolgen. Hier unterlag schließlich der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer nur um wenige Prozentpunkte dem als unabhängig angetretenen ehe-

maligen Grünen-Parteichef Alexander Van der Bellen. Dieses Wahlergebnis machte deutlich: Die Österreicher waren sowohl der konservativen als auch der sozialdemokratischen politischen Elite überdrüssig. Der SPÖ-Kandidat Rudolf Hundstorfer und der ÖVP-Kandidat Andreas Khol erhielten im ersten Wahlgang jeweils nur etwa 11 %. Damit erreichten sie gerade einmal die Plätze vier und fünf. Lediglich der schillernde 84-jährige Bauunternehmer Richard „Mörtel“ Lugner schnitt noch schlechter ab.

Die Zeichen für die Nationalratswahl standen also nicht gerade günstig für die beiden „großen“ Parteien. SPÖ-Kanzler Christian Kern, der ohne Nationalratsmandat auf Werner Faymann folgte, vermochte trotz seines medial gewandten Auftretens die Österreicher nicht so

zu überzeugen, wie man es sich in der SPÖ-Zentrale wünschte. Schließlich war auch er ein „Kind des Systems“. Er war Vorstandsmitglied der Verbund AG, einem staatlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, und Chef der Österreichischen Bundesbahn (ÖBB).

Die Bundespräsidentenwahl 2016 machte schon eine WÄHLERABKEHR von den beiden „großen“ Parteien deutlich.

Personalisierte Schlammschlachten – der Wahlkampf

In der ÖVP kam es einige Monate vor den Nationalratswahlen zu einem aufsehenerregenden Führungswechsel. Der ehemalige ÖVP-Bundesparteiobmann und Vizekanzler Reinhold „Django“ Mitterlehner legte Mitte Mai sämtliche Ämter nieder. Sebastian Kurz wurde designierter Nachfolger als Parteichef, lehnte aber die Vizekanzlerschaft ab. Im Juli wurde schließlich der Außen- und Integrationsminister, der wegen seines jungen Alters und seines politischen Talents als „Wunderwuzzi“ betitelt wurde, mit knapp 99 % der ÖVP-Delegierten zum Bundesparteiobmann gewählt. Zuvor hatte er allerdings einige Bedingungen an seine Partei gestellt.

So wurde Kurz fortan selbst zum Programm. Es folgten eine Namensänderung („Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei“), eine Farbveränderung vom gewohnten Schwarz zu einem hellen Türkis und eine Erweiterung der

Befugnisse des Bundesparteiobmanns. Dieser entscheidet nun alleine über die Zusammenstellung der Wahllisten, hat freie Hand bei Koalitionsverhandlungen und gibt die inhaltliche Ausrichtung der Partei vor.² Genau diese Ausrichtung der ÖVP auf den 31 Jahre alten Hoffnungsträger war immer wieder Angriffspunkt der anderen Parteien. Dabei fiel auf, dass die FPÖ in diesem Wahlkampf für eine rechtspopulistische Partei relativ zurückhaltend agierte. Sie musste auch gar keinen schmutzigen Wahlkampf machen – das übernahm nämlich die SPÖ.

Der israelische Wahlkampfberater der Sozialdemokraten, Tal Silberstein, hat eine Dirty-Campaigning-Affäre zu verantworten, die dem Ansehen der Partei geschadet hat. Silbersteins Initiative zielte darauf ab, mit Hilfe von zwei Facebookseiten potenzielle ÖVP-Wähler abzuschrecken. Auf der Seite „Die Wahrheit über Sebastian Kurz“ wurde dem ÖVP-Mann vorgeworfen, zu wenig für die Sicherheit und gegen unkontrollierte Zuwanderung zu unternehmen; auf der Seite „Wir für Sebastian Kurz“ hingegen offenbarten sich vermeintliche Unterstützer mit teils rechtsextremen Parolen. Somit sollten sowohl gemäßigte als auch rechtskonservative Wähler von einer Stimmabgabe für die ÖVP abgehalten werden. Nach wachsender öffentlicher Kritik bezeichnete Bundeskanzler Kern, Spitzenkandidat der SPÖ, das Engagement Silbersteins als „Fehler“ und versprach „volle Aufklärung“.³ Unterdessen wird vermutet, dass das Wahlkampfteam von Kurz einen „Maulwurf“ in das Dirty-Campaigning-Team von Silberstein eingeschleust hatte.⁴ Eine umfassende Aufklärung der Affäre steht aus.

Ausgelöst durch die starken Personalisierungen der Parteien auf Kern, Kurz und Strache, kombiniert mit den von ih-

Der Wahlkampf zur Nationalratswahl 2017 verlief personalisiert und **SCHMUTZIG.**

nen inszenierten Schlammschlachten in den sozialen Medien, traten die jeweiligen Wahlprogramme währenddessen in den Hintergrund, wenn auch in den TV-Duellen mehr über Inhalte gesprochen wurde als erwartet. Ein Blick in die teils sehr umfangreichen Programme lohnte allemal.

Die Wahlprogramme

Allen Wahlprogrammen gemein war, dass die Parteien eine Veränderung in Österreich herbeiführen wollten. Dabei liegt die Alpenrepublik im internationalen Vergleich der lebenswertesten Länder auf Platz 10 – drei Plätze vor Deutschland.⁵ Wien wurde zum achten Mal zur lebenswertesten Stadt der Welt gekürt.⁶ Allerdings gilt es auch zu erwähnen, dass die wirtschaftliche Performance im internationalen Vergleich rückläufig ist. Das Institute for Management Development der Wirtschaftshochschule Lausanne in der Schweiz sieht Österreich in vielen Bereichen wie etwa Steuereinnahmen, Organisation der Verwaltung, Sozialbeiträge und Investitionen in die Telekommunikation auf den letzten Plätzen der 63 verglichenen Länder.⁷ Somit spielte also nicht nur das Thema Immigration, das ÖVP und FPÖ präsent ansprachen, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung eine gewichtige Rolle im Wahlkampf. Das konnte man auch in den Wahlprogrammen der Parteien nachvollziehen.

SPÖ: „Plan a für Austria“

Das gesamte Programm der Sozialdemokraten umfasste 213 Seiten, die Kurzversion 26. Darin werden klassische sozialdemokratische Themen wie Arbeit, Soziales und Steuergerechtigkeit in den Vordergrund gerückt. In den sieben Koalitionsbedingungen hieß es unter anderem, dass es einen steuerbefreiten Mindestlohn von monatlich 1.500 Euro geben solle. Erst jede weitere Einnahme solle versteuert werden müssen. Gleichzeitig wollte die SPÖ 200.000 neue Arbeitsplätze bis 2020 durch verschiedene Maßnahmen, etwa durch Förderungen von Forschung und Mobilisierung von Investitionen, schaffen. Auch in die Bildung sollte mehr investiert werden, hieß es. So sollten 5.000 zusätzliche Lehrer an „Schulen mit besonders großen Herausforderungen“ angestellt werden. Ebenso wollte die SPÖ mittels mehr finanzieller Ausstattung mindestens drei österreichische Universitäten unter die TOP 100 der besten Hochschulen weltweit bringen.

Das zweite große Thema, Immigration, spielte im „Plan a“⁸ eine geringe Rolle. Knapp beschrieb die SPÖ „7 Schritte, um die Migration in den Griff zu bekommen“. Dabei sahen die Sozialdemokraten unter anderem eine EU-weite, einheitliche Neuregelung des Asylsystems als notwendig an. Daneben sollte es einen Marshall-Plan für Afrika, aber auch verstärkte Rückführungen geben.

Im Wahlprogramm der SPÖ spielte das Thema **IMMIGRATION** nur eine geringe Rolle.

FPÖ: „Österreicher verdienen Fairness“

Letzterem würden wohl auch die „Freiheitlichen“ nicht widersprechen. Allerdings sahen sie in ihrem Wahlprogramm „Österreicher verdienen Fairness“ drastischere Maßnahmen angeraten. Unter der Überschrift „Unsere Grenzen sichern – Österreich ist kein Einwanderungsland“ hieß es: „Einer ungehinderten und maßlosen Zuwanderung, wie sie in den letzten Jahren geschehen ist, muss ein Riegel vorgeschoben werden. Wenn die Europäische Union ihre Außengrenzen nicht schützen kann oder will, hat Österreich mit unbefristeten Grenzkontrollen selbst für seine Sicherheit zu sorgen.“⁹

Mit insgesamt 100 Forderungen wartete die FPÖ in ihrem Wahlprogramm auf. Dabei drehten sich viele um die Fragen nach Einwanderung, Integration und Islam. Aber, wie es für rechts-populistische Parteien üblich ist, boten die „Blauen“ einen „Gemischtwarenladen“¹⁰ an verschiedenen Themen an. So sprachen sie darüber hinaus Themen wie Pensionen, bezahlbaren Wohnraum und Umweltschutz an. Immerwährender Angriffspunkt war die Große Koalition. So plakatierte die FPÖ ein Tandemfahrrad, auf dem vorne ein drahtiger, energiegeladener Radfahrer sitzt und von einem schwarz und rot gekleideten, dicklichen Mann gebremst wird. Darüber heißt es: „Der rot-schwarze Speck muss weg“.

ÖVP: „Der neue Weg. Für Österreich.“

Aufsehen erregte das Wahlprogramm der ÖVP nicht zuletzt deswegen, weil es erst wenige Wochen vor der Nationalratswahl ausformuliert wurde. Mehr in Gestalt einer Bewegung denn einer Partei wurde aus zahlreichen „Österreich Gesprächen“ des neuen Bundespartei-

obmanns eine mit 281 Seiten äußerst umfangreiche Agenda entworfen, die sich in drei Teile gliedert: Neue Gerechtigkeit und Verantwortung, Aufbruch und Wohlstand, Ordnung und Sicherheit.

In „Der neue Weg“¹¹ wurde gefordert, Österreich solle wieder zurück an die Spitze gelangen. Hierfür wurden viele Themen aufgegriffen, die sich auch im FPÖ-Programm fanden, sprich: Stopp der illegalen Zuwanderung, Integration, ein Kurswechsel der EU, aber auch die Kompetenzverteilung in der überbesetzten österreichischen Staatsbürokratie und mehr direkte Demokratie. Außerdem wollte die Volkspartei die Lohnnebenkosten senken und sprach sich gegen eine Erbschafts- und Vermögenssteuer aus.

Das Wahlprogramm der ÖVP wurde als „Der neue Weg“ Österreichs zurück an die SPITZE gestaltet.

In seiner Schlussbemerkung schrieb Kurz: „Wir müssen Österreich in vielen Dingen neu ordnen. Das betrifft Zuwanderungspolitik genauso wie längst fällige Reformen im österreichischen Staatswesen. Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern mehr Selbstbestimmung und Mitbestimmung ermöglichen. Und wir brauchen klare Regeln, an die sich alle halten. Nur so kann es zu neuer Gerechtigkeit, Wohlstand und Sicherheit für uns alle kommen.“¹²

NEOS: „Mutig. Innovativ. Freiheitsliebend.“

Als radikal liberal könnte man das Wahlprogramm der NEOS¹³ beschreiben. Sie wollten die bisherige Parteiendemokratie umkrempeln und plädierten für mehr direkte, digitale und offene Demokratie. Freiheit wollen die NEOS dabei nicht nur den Österreichern, sondern auch Flüchtlingen zugestehen. Sie forderten bessere Unterbringungsbedingungen, leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Bildungsangeboten und eine freiere Wahl des Aufenthaltsortes. Damit schlugen die NEOS eine ganz andere Richtung als SPÖ, ÖVP und FPÖ ein.

Gleiches gilt für die Bereiche Gesundheit und Bildung. So sollte zum einen jedes Kind die Schullaufbahn mit Mittlerer Reife abschließen; Kindergärten und Volksschulen sollen sowohl Deutsch als auch diejenige Fremdsprache des Kindes fördern, die es aufgrund seines Migrationshintergrundes spricht. Zum anderen sollte der „gesundheitsförderliche Lebensstil“, wie es in dem Wahlprogramm heißt, eigenverantwortlich gestaltet werden. Ausdrücklich wurden hier auch Suchtmittel genannt. Es bliebe damit jedem selbst überlassen, welche Drogen er konsumieren möchte.

Liste PILZ: Kandidaten sind Programm

Die Liste von Peter Pilz trat ohne Wahlprogramm zur Nationalratswahl an. Nach der Abspaltung von den Grünen setzte der Frontmann Pilz auf die Personen, die seine politische Bewegung unterstützen. Schließlich wollten die Politiker der Liste PILZ keine Partei im klassischen Sinne bilden. So ergab sich ein breites Sammelsurium an Themen. Pilz selbst setzte sich für mehr parlamentarische Kontrolle, aber auch für den

Kampf gegen den politischen Islam ein. Die Spitzenkandidatin für Wien, Stephanie Cox, ist hingegen seit langem in der Start-Up-Szene bekannt und setzte sich für die Themen Bildung und Förderung von Unternehmensgründungen ein. Selbstverständlich wurde auch das Thema Umwelt besetzt. Martha Bißmann etwa forderte einen Totalausstieg aus der Nutzung fossiler und atomarer Energieträger bis 2030.

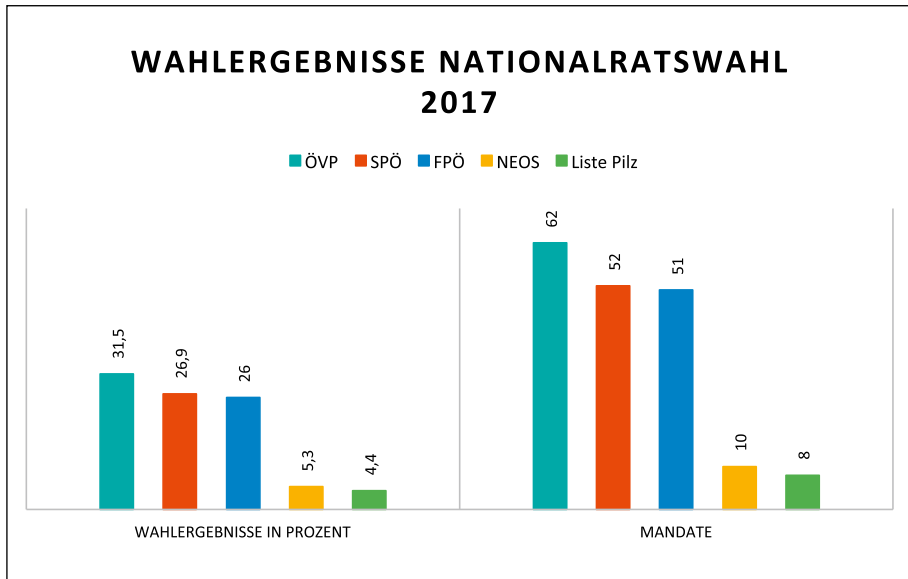
Die Wahl: Konservative und Populisten jubeln

Die Nationalratswahl 2017 brachte mehr Österreicher an die Wahlurnen als die drei vorherigen.¹⁴ Die Wahlbeteiligung lag bei 80 % und damit 5,1 % höher als 2013. Am 9.11.2017 fand die konstituierende Nationalratssitzung statt. In dieser Legislaturperiode sind fünf Parteien im österreichischen Parlament vertreten. Mit 31,5 % der Stimmen gilt die „Liste Sebastian Kurz – Die neue Volkspartei“ als Wahlsieger. Platz Zwei ging mit 26,9 % an die SPÖ, dicht gefolgt von der FPÖ mit 26,0 %. Die Grünen erhielten lediglich 3,8 % der Wählerstimmen und sind somit aufgrund der Vier-Prozent-Hürde im Nationalrat nicht mehr vertreten. Stattdessen schaffte die Liste PILZ mit 4,4 % den Einzug. Die NEOS kamen auf 5,3 % der Stimmen.

Aus diesen Ergebnissen resultierte folgende Mandatsverteilung: ÖVP 62,

Die KONSERVATIVEN gewannen mit Sebastian Kurz die Nationalratswahl am 15.10.2017.

Diagramm: Wahlergebnisse der im Nationalrat vertretenen Parteien (in %, Anzahl der Mandate)



Quelle: eigene Darstellung¹⁵

SPÖ 52, FPÖ 51, NEOS 10 und Liste PILZ 8 Sitze. Die türkis-blaue Koalition, die wenige Tage vor Weihnachten ihren gemeinsamen Koalitionsvertrag verabschiedet hat, hat damit 113 Mandate, die Oppositionsparteien haben 70.

Einige Medien, insbesondere in Deutschland, sahen in diesem Wahlergebnis einen Rechtsruck der österreichischen Politik. Doch diese Pauschalisierung greift aus verschiedenen Gründen zu kurz. Zunächst gilt es festzuhalten, dass die politische Mitte Österreichs weiter „rechts“ anzusiedeln ist als in Deutschland. Patriotismus, Grenzschutz usw. sind in Österreich weitaus weniger umstrittene Begriffe als in Deutschland. So warb beispielsweise auch der ehemalige Grünen-Chef Van der Bellen im Wahlkampf um das Bundespräsidentenamt 2016 offen mit dem Begriff „Heimat“.

Außerdem kommt in Koalitionsverhandlungen in Österreich, besonders auf Länderebene, kaum „Ausschließerritis“ vor. Im Burgenland koalieren SPÖ, FPÖ, in Oberösterreich ÖVP und FPÖ. Darüber hinaus gab es bereits Regierungsbeteiligungen der „Blauen“ in Kärnten und Vorarlberg. Dies mag auch dem Umstand geschuldet sein, dass das gute Abschneiden der FPÖ bei Wahlen keine Besonderheit mehr ist. Seit 1990 erzielt die Partei durchweg zweistellige Ergebnisse bei Nationalratswahlen (zwischen 10,01 % 2002 und 26,91 % 1999). Ähnlich sieht es auf Landes- und kommunaler Ebene aus.

Überdies fanden sich viele traditionell konservative Themen bei der FPÖ wieder. Dazu zählten unter anderem der Grenzschutz, die innere Sicherheit und die Landwirtschaft. Zupass kam den Freiheitlichen außerdem der Um-

stand, dass es sich bereits im Wahlkampf abzeichnete, dass ÖVP und SPÖ keine Koalition anstrebten. So betonte beispielsweise Kurz immer wieder, er wolle einen neuen Stil in die Politik bringen und griff damit auch die Zusammenarbeit in der vorherigen Großen Koalition an. Immer wieder schossen die Koalitionspartner verbal aufeinander, was zwar in der österreichischen Bevölkerung nicht gut ankam, aber offensichtlich keinen Einfluss auf die Wahlentscheidung hatte.

Nicht zuletzt wegen der Verbalattacken zwischen SPÖ und ÖVP rechnete sich der FPÖ-Obmann Strache vorab große Chancen aus: „Man kann uns vielleicht noch ein bisschen verzögern, aber nicht auf Dauer aufhalten.“¹⁶ Den „Freiheitlichen“ spielte ihr Wahlergebnis als drittstärkste Kraft in die Hände. Damit boten sich zwei mögliche Koalitionskonstellationen, mit der SPÖ oder der ÖVP. Denn keine der beiden Parteien – das hatten sie vorab bekräftigt – wollte sich als Juniorpartner der FPÖ anbieten. Zudem hatte Bundespräsident Van der Bellen vor seiner Wahl ins Bundespräsidentenamt betont, er würde eine FPÖ-geführte Regierung nicht vereidigen.

Durch die inhaltlichen Überschneidungen und der Beauftragung des Wahlsiegers Kurz mit einer Regierungsbildung zeigte sich allerdings recht schnell, dass es fortan eine türkis-blaue Regierung gibt. Am Wochenende vor Weihnach-

ten 2017 gaben die Koalitionäre bekannt, dass künftig Heinz-Christian Strache (FPÖ) Vizekanzler und Minister für Beamte und Sport wird. Außerdem wird der umstrittene Herbert Kickl (FPÖ), ehemaliger Redenschreiber Jörg Haiders, Innenminister. Der FPÖ-Generalsekretär sorgte für Aufsehen mit Wahlslogans wie „Mehr MUT für unser ‚Wiener Blut‘. Zu viel Fremdes tut niemandem gut“. Der ehemalige FPÖ-Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, Norbert Hofer, wird Infrastrukturminister. Bemerkenswert ist außerdem, dass kein bisheriger ÖVP-Minister in der neuen Regierung vertreten sein wird – außer Sebastian Kurz als Bundeskanzler.

Dass die Volkspartei nicht alle prestigeträchtigen Ministerien bekommen würde, schien ihr von Anfang an klar. Deswegen plante man eine Aufwertung des Bundeskanzleramtes. In Österreich ist der Regierungschef, anders als in Deutschland, ein „primus inter pares“, hat also offiziell keine Richtlinienkompetenz. Deswegen werden künftig Europaangelegenheiten nicht wie bisher beim Außenministerium, sondern beim Kanzleramtsminister angesiedelt sein. Somit wird kein euroskeptischer FPÖ-Politiker für die Beziehungen zur EU zuständig, sondern der ÖVP-Mann Gernot Blümel. Dies mag auch der Tatsache geschuldet sein, dass Österreich ab Juli 2018 die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt.

Die Wahlergebnisse hingegen zeigen deutlich, dass die Mehrheit der Österreicher überzeugt ist von der europäischen Idee. Die allermeisten Wähler stimmten für europafreundliche Parteien. Bemerkenswert ist überdies die Wählerstromanalyse 2013/2017.¹⁷ So konnte die ÖVP mit Kurz als Zugpferd viele Wähler anderer Parteien für sich gewinnen. 26 % derjenigen Wähler, die

**Die FPÖ wurde als drittstärkste Kraft
KOALITIONSPARTNER der ÖVP-geführten
Regierung.**

Tabelle: Wählerstromanalyse Nationalratswahl 2017 (in %)

| | SPÖ 2017 | ÖVP 2017 | FPÖ 2017 | Grüne 2017 | NEOS 2017 | PILZ 2017 | Sonst. 2017 | Nichtw. 2017 |
|---------------------|-------------|-------------|-------------|---------------|--------------|--------------|----------------|-----------------|
| SPÖ 2013 | 76 | 3 | 12 | 0 | 0 | 3 | 1 | 4 |
| ÖVP 2013 | 1 | 84 | 9 | 0 | 3 | 1 | 1 | 2 |
| FPÖ 2013 | 1 | 17 | 73 | 0 | 2 | 1 | 1 | 4 |
| Grüne 2013 | 28 | 14 | 4 | 25 | 10 | 11 | 2 | 5 |
| NEOS 2013 | 6 | 26 | 5 | 1 | 43 | 13 | 1 | 5 |
| T. Stronach 2013 | 9 | 42 | 36 | 0 | 3 | 3 | 5 | 2 |
| BZÖ 2013 | 3 | 26 | 57 | 0 | 5 | 3 | 1 | 4 |
| Sonst. 2013 | 16 | 6 | 7 | 6 | 6 | 21 | 30 | 8 |
| Nichtw. 2013 | 9 | 7 | 7 | 2 | 1 | 2 | 2 | 70 |

Quelle: eigene Darstellung¹⁸

2013 die NEOS wählten, wechselten 2017 zur ÖVP. Gleiches gilt für 17 % der FPÖ-Wähler, 43 % der Wähler des „Team Stronach“ und 57 % der ehemaligen BZÖ-Wähler. Die beiden letzteren Parteien waren ohnehin nicht mehr zur Wahl angetreten.

Die SPÖ konnte nur 76 % ihrer Wähler 2013 zur Wiederwahl bewegen. Dafür gab es mit 28 % ehemaliger Grünen-Wähler von dieser Seite großen Zuwachs – zu Lasten der Grünen. Sie konnten lediglich 25 % ihrer Wähler 2013 wieder für sich gewinnen. Dies hängt allerdings auch mit der Abspaltung der Liste PILZ zusammen. Nach parteiinternen Querelen um Listenplätze verabschiedeten sich Pilz und einige Gefolgsleute von den Grünen. Pilz konnte 11 % der Grünen-Wähler von 2013 für sich gewinnen. Außerdem wählten 2017 besonders viele frühere Nichtwähler die Liste PILZ.

Ausblick

„Die österreichische Mentalität ist: Wir brauchen Reformen, aber nix darf sich ändern.“ Dieses Zitat des ehemaligen österreichischen Bundeskanzlers Viktor Klima mag auf die vergangenen Jahre zugetroffen haben. Doch nun zeichnet sich infolge der Bundespräsidenten- und Nationalratswahlen eine Veränderung ab. Die ewige GroKo ist abgewählt. Nach dem Einzug des ehemaligen Grünen-Chefs Van der Bellen in die Hofburg konnten nun ÖVP und FPÖ mit ihren Reformbestrebungen bei den Wählern punkten. Das zeigt: Die Österreicher wollen tatsächlich Reformen. Fortan wird sich Sebastian Kurz daran messen lassen müssen, wie er die FPÖ im Regierungsalltag zähmen und gleichzeitig einen neuen Stil, wie er im Wahlkampf forderte, etablieren kann. Dabei wird er darauf achten müssen, dass das Vertrauensverhältnis der Koalitionspar-

teien nicht so zerrüttet wird, wie es in der ersten schwarz-blauen Koalition in den 2000er-Jahren geschehen ist. Die „Freiheitlichen“ werden sich hingegen hüten, die Bühne allein dem eloquenten Bundeskanzler zu überlassen. Auch sie haben aus den Erfahrungen unter Wolfgang Schüssel gelernt und werden wohl versuchen, Regierungserfolge für sich zu reklamieren, ohne dabei als politisch „kleiner“ Juniorpartner dazustehen. Die ersten Veränderungen zeichnen sich bereits ab. So wurde eine Diätenerhöhung der Nationalratsmitglieder abgelehnt. Außerdem wird es kein striktes Rauchverbot geben, wie es in der Vorgängerregierung beschlossen wurde.

Eine erste große Herausforderung dürfte die EU-Ratspräsidentschaft sein. Während Kurz sich am Vorbild des französischen Präsidenten Emmanuel Macron orientiert und einen politischen Neustart der Europäischen Union vorantreiben will, liebäugeln die FPÖ-Politiker eher mit einem Erstarren der Nationalstaaten und einem Anschluss an die Visegrád-Gruppe, die vor allem wegen ihrer restriktiven Flüchtlingspolitik von sich reden macht. Die ersten Reaktionen auf die Regierungsbildung in Österreich ließen schließlich nicht lange auf sich warten. Die rechtspopulistische Partei „Wahre Finnen“ jubelte, ebenso Marine Le Pen vom französischen Front

National und Geert Wilders von der niederländischen Partij voor de Vrijheid. Und während so viel Lob „von rechts“ kommt, äußerten das Rote Kreuz, der Jüdische Weltkongress und italienische Spitzenpolitiker Bedenken. Wird Bundeskanzler Kurz die FPÖ einbremsen können? Wird es zu einem tatsächlichen Rechtsruck in der Alpenrepublik kommen? Wird die Regierung die Reformen umsetzen, die sie in ihrem Programm „Gemeinsam. Für unser Österreich“¹⁹ ankündigt?

Angesichts der vielen Unwägbarkeiten ist man geneigt zu fragen: Tu felix Austria, quo vadis? ///



/// THOMAS M. KLOTZ,
DIPL. SC. POL. UNIV.,

ist Doktorand an der TUM School of Governance München und Promotionsstipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung. Er war 2016 Praktikant im Bundeskanzleramt Wien und verfasste seine Diplomarbeit über rechtspopulistische Parteien in Europa, u. a. über die FPÖ.

Die EU-Ratspräsidentschaft Österreichs 2018 könnte zur ersten **BEWÄHRUNGSPROBE einer schwarz-blauen Regierung werden.**

Anmerkungen

¹ Pelinka, Anton: Das politische System Österreichs, in: Die politischen Systeme Westeuropas, hrsg. von Wolfgang Ismayr, Wiesbaden 2009, S. 622-625.

² <http://www.tt.com/politik/innenpolitik/12975837-91/die-sieben-bedingungen-des-sebastian-kurz.csp>, Stand: 6.11.2017.

³ Löwenstein, Stephan: SPÖ-Wahlkampfleiter tritt zurück, in: FAZ, 2.10.2017, S. 4.

- ⁴ <https://kurier.at/politik/inland/wahl/dirty-campaigning-auf-facebook-was-wir-ueber-die-causa-silberstein-wissen/289.605.048> und <https://www.profil.at/oesterreich/affaere-silberstein-sms-nachricht-kurz-sprecher-8353797>, Stand: 6.11.2017.
- ⁵ <http://reports.weforum.org/inclusive-growth-and-development-report-2017/tables-1-to-16/>, Stand: 6.11.2017.
- ⁶ <https://diepresse.com/home/panorama/wien/5183298/Wien-wird-erneut-zur-lebenswertesten-Stadt-der-Welt-gekuert>, Stand: 6.11.2017.
- ⁷ <https://www.trend.at/wirtschaft/wettbewerbs-ranking-oesterreich-8171968>, Stand: 6.11.2017.
- ⁸ https://christian-kern.at/wp-content/uploads/2017/09/Plan-A_SPOe-Wahlprogramm-2017.pdf, Stand: 6.11.2017.
- ⁹ FPÖ: Österreicher verdienen Fairness. Freiheitliches Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2017, S. 4., https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/images/Themen/wahlprogramm_2017/Wahlprogramm_8_9_low.pdf, Stand: 6.11.2017.
- ¹⁰ Bauer, Werner T.: Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa, Wien 2015, S. 20.
- ¹¹ <https://secure.sebastian-kurz.at/der-neue-weg/>
- ¹² https://sebastiankurz.at/cache/images/assets.contentful.com/i520qwheh9j7/2xLFiGx0vOkSk0SU4uQq8y/17d2ac866958896a8ee2e38ed1c7dca/72_SK_Programm_Teil3_Einzelseiten_WEB.pdf, Stand: 6.11.2017.
- ¹³ <https://partei.neos.eu/wp-content/uploads/2016/07/NEOS-PLAENE-OESTERREICH-2016-Online-Einzel.pdf>, Stand: 6.11.2017.
- ¹⁴ Daten und Ergebnisse von: SORA und Institut für Strategieanalysen im Auftrag des ORF, <http://strategieanalysen.at/wp-content/uploads/2017/10/ISA-SORA-Wahlanalyse-NRW2017-2.pdf>, Stand: 6.11.2017.
- ¹⁵ <https://wahl17.bmi.gv.at/>, Stand: 9.11.2017.
- ¹⁶ http://diepresse.com/home/innenpolitik/nationalratswahl/5291003/Strache_Man-kann-die-FPOe-verzoegern-aber-nicht-auf-Dauer-aufhalten, Stand: 12.11.2017.
- ¹⁷ SORA und Institut für Strategieanalysen im Auftrag des ORF, <http://strategieanalysen.at/wp-content/uploads/2017/10/ISA-SORA-Wahlanalyse-NRW2017-2.pdf>, Stand: 15.11.2017.
- ¹⁸ Daten vgl. ebd., Stand: 9.11.2017.
- ¹⁹ <http://www.tt.com/politik/innenpolitik/13796470-91/soziales-bildung-sicherheit-das-regierungsprogramm-im-detail.csp>, Stand: 18.12.2017.